

Geipel-Steuern oder Breitner-Steuern?

Die Wahrheit über die
Steuerpolitik der Gemeinde
Wien

Preis 20 Groschen

A 80-3125

Wien 1927

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung

Rede des Stadtrates Hugo Breitner

Gehalten am 31. Jänner 1927 in der
Volkshalle des Neuen Wiener
Rathauses

Die sozialdemokratische Wiener Gemeinbeverwaltung ist der Gegenstand des erbitterten Hasses der Bourgeoisie, weil sie neue Wege geht, weil sie sich voll und ganz in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellt hat. Zum erstenmal ereignet sich dies im vielhundertjährigen Leben dieser Stadt, die bis zur Revolution stets auf Grund des Wahlunrechtes von der Minderheit der Bevölkerung beherrscht und verwaltet wurde. Die Bourgeoisie, die Banken, die Industrie und die mit ihnen einträchtig verbündeten reaktionären Kräfte der alten Monarchie wollen sich in diesem ungewohnten Zustand nicht fügen; sie hoffen durch einen gemeinsamen Ansturm

die rote Festsung zu Fall zu bringen,
die alte Herrschaft der Besitzenden wieder aufzurichten.

Früher als sonst in Wahljahren setzt die Bewegung ein und in weitaus heftigeren Formen. Das ist kein Zufall. Es war die Absicht der Christlichsozialen, die Regierung Kamek trotz ihrer Unfähigkeit bis kurz vor den Wahlen zu dulden. Dann wollten sie in neuer Aufmachung unter der Führung Seipels den Wahlkampf aufnehmen. Dieser Plan ist gestört worden.

Die Schmutzwellen der Bankenstandale

waren zu hoch und zu trüb und haben die Regierung Kamek-Mintelen hinweggeschwemmt. Seipel, der in Straßendör



A80-3125

Nestheil auf den Plan treten wollte, muß nun selbst alle von seiner durch und durch korrupten Partei verursachten Folgen tragen und decken. Deshalb war seine erste taktische Maßnahme

ein Ablenkungsmanöver!

Nur von etwaz andern reden! Nur nicht von den bei der Zentralbank verlorengegangenen neunzig Millionen Schilling! Nur nicht von der zusammengebrochenen Rauezenbank mit den Spießfonten des Landeshauptmannes von Niederösterreich und des Jesajas Berchschal! Nur nicht von Sami Pronner, dem eigentlichen Herrn der arischen Deutschen Bodenbank! Nur nicht von dem lebensfrohen Finanzreferenten des Landes Steiermark, dem Pechant Frischina, der seine Vorkenverluste auf das Provisionkonto der Steirerbank buchen und so verschwinden liebt! Nur nicht von Hwegbacher, dem so läch in die Versenkung verschwindenden Bauernführer! Nur nicht von den Milliarden, die das Bundesministerium für soziale Verwaltung bei der monarchistischen Nordisch-Oesterreichischen Bank eingelegt und gänzlich eingebüßt hat! Nur nicht von den 110 Millionen Schilling, die in wüsten Effekten und Frankenspekulationen von der Wollsparkasse unter den Augen des Bundesministers für Finanzen und unter der unmittelbaren Aufsicht des großdeutschen Handelsministers Doktor Schürff verblendet worden sind! Nur nicht von Ahreg, der so geheimnisvoll plötzlich von Graz nach Ruha überfiedelt ist! Nur nicht von jenen 27 Milliarden Kronen, die der Finanzminister Dr. Kienböck, die Wirtschaftslampe der christlichsozialen Partei, vor drei Jahren aus Steuergeldern dem Wollenspekulanten Wosel zu 20 Prozent Zinsen geliehen hat und die Wosel samt Bürgen bis heute schuldig ist!

Wenn man sich die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge greifbar vor Augen führen will, so muß man einen Augenblick lang sich vorzustellen versuchen, wie es wäre,

wenn sich das alles bei der Gemeinde Wien abgespielt hätte.

Welch ein Schand in der bürgerlichen Presse! Welch ein Proleten bei den Christlichsozialen und Arbeitseideln! Stellen Sie sich doch nur einmal vor, daß nicht die Wollspare

Kasse, sondern die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in verbrecherischen Frankenspekulationen 110 Millionen Schilling der ihr anvertrauten Einlagen eingebüßt hätte. Es ist gar nicht auszudenken, welches wüste Schimpfen und Loben Wien erfüllt hätte, wie man über die Verwaltung hergefallen wäre, um sie mit Schmutz und Schande zu bedecken!

Der Bund hat kein Geld,

um die Alt pensionisten anständig zu versorgen. Der Bund hat kein Geld, um die erbärmlich niedrige Unterstützung der Arbeitslosen, der Invaliden aufzubessern. Der Bund hat kein Geld, um die Univeritätskliniken mit Instrumenten, die Univeritätsinstitute mit Büchern auszustatten. Der Bund hat kein Geld, um den Kleinrentnern zu helfen. Derselbe Bund aber hat sofort neunzig Millionen Schilling gehabt, als es galt, der Zentralbank beizuspringen, die zugrunde ging, weil sie die verachtete christlichsoziale Bauernbank und Steirerbank aufnehmen mußte. Der Bund wird aber 110 Millionen Schilling haben, um die Wollensverluste der Wollsparkasse weitzumachen. Der Bund hat Geld in Fülle gehabt, um es einem Spekulant zu leihen. Ueber all das herrscht in der bürgerlichen Presse Stillschweigen.

Stellen Sie sich doch nur einmal vor, daß sich in den Büchern einer der verachteten vielen Banken ein gemeinsames Spekulationskonto des Landeshauptmannes von Wien mit einem Jesajas Berchschal gefunden hätte. Würde ein solcher Mann auch nur einen Tag noch im Amte geblieben sein? Stellen Sie sich doch vor, daß die Oeffentlichkeit erfahren müßte, es seien Wiener Steuergelder einem Wollenspieler ohne Sicherheit geborgt worden und seien nun verloren. Jeder einzelne Wiener Steuerträger wäre aufgeheßt worden. Jedem einzelnen hätte man erzählt, daß gerade ihm in blutiger Bedrückung der letzte Groschen abgenommen wurde, nur um dieses Geld einem Schieber in den Rücken zu werfen. Malen Sie sich doch nur aus, wie es in den Gemeinderatssitzungen zugehen würde, wenn aus den Kassen der Stadt Wien solche 27 Milliarden Kronen auf Nimmerwiedersehen zum Wosel gewandert wären! Erst wenn man sich das vorstellt, dann erst kann man beurteilen, welche Unverfrorenheit dazugehört!

daß diese Christlichsozialen sich überhaupt noch in die Öffentlichkeit wagen,

daß sie sich getrauen, den Mund aufzumachen, oder gar die Besonnenheit haben, an der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung Kritik zu üben. (Brausende Zustimmung.) Sie müßten vor Schande in den Boden versinken, sich in ein Maulloch vertriehen. Statt dessen haben sie sich die Taktik zurechtgelegt, durch Verdoppelung ihrer Demagogie die Aufmerksamkeit von den Verbrechen abzugelenken, die von ihren Regierungen, von ihren hervorragendsten Führern, von ihren Banken begangen worden sind. Darüber soll nicht gesprochen werden. Deshalb der vereinigte Angriff des Bürgertums gegen die so verhasste Wiener Gemeindeverwaltung. Im roten Rathaus hat sich so gar kein Skandal ereignet. Die Zentralspartasse hielt sich auch in den Zeiten der wütesten Spekulationen von jedem Börsengeschäft fern und ist deswegen mächtig aufgeblüht. Bei dieser roten Wiener Gemeindeverwaltung hat es der Wofel zwar gleichfalls versucht, Steuergelder zu entleihen,

ist aber abgewiesen worden.

(Lebhafte Beifall und Hörl-Hörl-Rufe.)

Hat man nur einmal erkannt, daß der Selbstzug gegen die Gemeinde zunächst ein Ablenkungsmanöver ist, dann fällt die richtige Antwort nicht schwer. Jetzt muß erst recht in die Schandwirtschaft des Bundes hineingeleuchtet und immer wieder auf den Unterschied zwischen der Korruption der Christlichsozialen und der tadellosen Gebarung im roten Rathaus verwiesen werden.

Wenn man den Bürgerlichen zuhört, müßte man meinen, daß

**das Steuerzahlen eine sozialdemokratische
Erfindung ist.**

Daran ist nur das richtig, daß die Wiener Christlichsozialen die Technik der indirekten Steuern zur Meisterschaft entwickelt haben. Die Menschen in dieser Stadt wurden systematisch in Unwissenheit darüber gelassen, welche ungeheuren Leistungen man von ihnen gefordert hat. Nur eine kleine Minderzahl wußte und weiß es heute, daß

in jeder Goldkrone Zins, die an den Hausbesitzer gezahlt wurde, mehr als vierzig Heller an öffentlichen Abgaben

enthalten waren. Wenn ein Arbeiter für seine Behausung dreißig Goldkronen zu entrichten hatte, so sind davon zwölf Goldkronen oder S 1728 in Wirklichkeit Steuergelder gewesen. Heute macht

die Wohnbausteuer für eine solche Wohnung nur
neunzig Groschen monatlich aus.

Groß ist die Wohnbausteuer nämlich nur für die Reichen: Für die Familie Rothschild etwa, die 188.000 S bezahlen muß. Für die Großbanken, deren Wohnbausteuer mehr als 1.200.000 S beträgt. (Bravo!) Wer in der Friedenszeit Gas oder elektrischen Strom verbrauchte, wer ein Glas Wasser getrunken hat, wer die Straßenbahn benützte, ist in sehr ausgiebigem Maße städtischer Steuerzahler gewesen. Mehr als 46 Millionen Schilling sind auf diese Weise als Gewinne in die Gemeindekasse geflossen. Heute verzichtet die Gemeinde auf diese indirekten Steuern. Die Folge davon ist, daß das Gas um 28 Prozent, der elektrische Strom um die Hälfte billiger ist als vor dem Kriege. Die Straßenbahnpreise sind nicht valorisiert, das Trinkwasser wird umsonst abgegeben.

Wir holen uns die Steuern auf andre Weise.

Ohne Steuern können auch die Sozialdemokraten in der kapitalistischen Wirtschaft die Verwaltung nicht führen. Wir benötigen Gelder, um die Schulen zu führen, die Feuerwehrrüstungen, die Wohlfahrtsanstalten zu erhalten, um die Beamten und Arbeiter zu bezahlen, um die Gärten und die Straßen zu pflegen, um die Kanalaräumung zu besorgen, um den Verkehr abzuführen, vor allem, um die großen Wohnbauten zu errichten. (Lebhafte Beifall.)

Die Christlichsozialen und ihre Preßtrabanten möchten den Eindruck erwecken, als ob

Bundessteuern

gar nicht bestünden. Der Umstand, daß die Gemeinde Wien die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer für den Bund einhebt, ruft überdies bei vielen Gewerbetreibenden, Kauf-

Leuten, Ärzten usw. die ganz falsche Meinung hervor, als ob die Erwerbsteuer und Einkommensteuer keine Bundessteuern, sondern Gemeindeabgaben wären. Die Wahrheit ist, daß die Gemeinde auf die Bemessung der Höhe der Erwerbsteuer und Einkommensteuer nicht den geringsten Einfluß hat. Sie lastet diese Steuern nur für den Bund ein, wie die Post etwa die Briefe zustellt. Dieses Spiel wird ihnen aber vor allem erleichtert, weil die Christlichsozialen beim Bund so wirtschaften, wie sie es einst in Wien getan haben, weil indirekte Steuern, so fürchtbar sie auch die Lebenshaltung der Massen verteuern, schwerer zu erkennen sind. Ein paar Zahlen sollen dies verdeutlichen. Von 1923 bis 1927 sind die Zölle von 113 auf 208 Millionen Schilling gestiegen, sind also fast verdoppelt. Die Zuckersteuer war 1923 mit 28 Millionen Schilling veranschlagt. Heuer aber erscheint sie mit 108 Millionen Schilling im Bundesbudget.

Das ist also eine Vervierfachung!

In einem einzigen Jahre, von 1926 auf 1927, ist die Zuckersteuer um volle sechzig Prozent gestiegen. Es gibt keine einzige Gemeindeabgabe, bei der sich innerhalb von zwölf Monaten ein derartiger Sprung vollzogen hätte. Ueber die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die nur von einer kleinen Minderzahl von Gast- und Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien zu zahlen ist, wird geschimpft und gezetert. Diefestes Schweigen aber herrscht über diese Vervierfachung der Zuckersteuer, von der doch außer den privaten Wirtschaften gerade die Gast- und Kaffeehäuser und die Zuckerbäcker betroffen werden! Warum hört man da von keinem Protest der Genossenschaften?

Der Bund hat aber nicht überall eine so harte Hand. Die Effektenumsatzsteuer ist im Voranschlag 1924 mit fünfzehn Millionen Schilling verzeichnet gewesen. 1927 erscheint sie bloß mit zwei Millionen Schilling. Die Bankenumsatzsteuer ist von fünfzehn Millionen Schilling des Jahres 1924 im heurigen Voranschlag auf 800.000 S gesunken. Das ist also bloß ein Fünftel! Im Jahre 1924 hat die Valutenumsatzsteuer noch mit zehn Millionen Schilling den Bundesvoranschlag gegiert. Die Valutenumsatzsteuer ist auf ein Bierzigstel, auf dürftige 250.000 S, eingegangen! (Entrüstungsrufe.)

Eine andre Umsatzsteuer allerdings zeigt eine ganz entgegengesetzte Entwicklung. Das ist

die Warenumsatzsteuer.

Gegen sie haben die Banken gar nichts einzuwenden. Deshalb ist sie auch von 44 Millionen Schilling im Jahre 1923 auf 212 Millionen Schilling für heuer emporgeblüht. Es gibt nichts, was dieser Warenumsatzsteuer entgegensteht.

Wenn die Gemeinde beispielsweise eine Wärmefabrik betreibt, so ist die dort verheizte Kohle mit der Warenumsatzsteuer belastet. Wenn sich ein Arbeiter ein Kilogramm Kartoffeln kauft, so ist im Preise die Warenumsatzsteuer enthalten. Wenn eine Mutter für ihr krankes Kind Medizin aus der Apotheke holt, so hat sie Warenumsatzsteuer zu bezahlen.

Warenumsatzsteuer, wenn man sich ein Paar Schuhe kauft. Warenumsatzsteuer für die Dienstleistung der Hausfrau, die ein Kind zur Welt bringen hilft,

Warenumsatzsteuer für das Leidenbegängnis!

Die Länder haben einen Anteil an der Warenumsatzsteuer, aber sie dürfen bei ihrer Gestaltung kein Wort mitreden. Sonst würden wir niemals dulden, daß der Ausbau der Warenumsatzsteuer ein so volksfeindlicher ist, wie man ihn sich derzeit gar nicht vorstellen kann. Ein Beispiel für tausend: Noch im Früher 1926 war Mehl mit dem schon ganz ungeheuren Satz von sechs und ein halb Prozent besteuert. Das war dem Bundesfinanzminister zu wenig. Er hat im Verordnungswege, ohne den Nationalrat zu befragen, mit einem Federstrich die Erhöhung auf sieben Prozent verfügt.

Sieben Prozent für Mehl, das heißt für's Brot der arbeitenden Menschen!

Ein Gegengewicht aber muß sein. Am dem gleichen Tage hat der Finanzminister die Warenumsatzsteuer für Automobile, die aus dem Ausland eingeführt werden, von acht Prozent auf sieben Prozent ermäßigt! Wir haben in Oesterreich eine Automobilindustrie, die sehr zu kämpfen hat. Aber jene Herrschaften, denen die inländischen Automobile nicht gut genug sind, die sich nur in einem französischen, englischen

der amerikanischen Wagen wohl fühlen, denen mußte dieses Vergnügen herbilligt werden.

Mehl und Auslandsautomobile bezahlen dieselbe Warenumsatzsteuer.

(Stürmische Entrüstungsrufe.) Kann es etwas Aufreizenderes geben? Kann sich die Denkweise dieser Bourgeoisie und ihrer Bundesregierung noch deutlicher ausdrücken als in dieser einzigen Tatsache? Vielleicht doch noch. Vielleicht in der weiteren Feststellung, daß im Jahre 1924 die Börsebesuchsabgabe dem Bund 900.000 S abgeliefert hat. Im Jahre 1927 wird sie indes nur noch 10.000 S tragen.

Die Börsebesuchsabgabe ist eingeschrumpft auf ein Neunzigstel!

Man setzt die Warenumsatzsteuer für Mehl hinauf und macht die Börsebesuchsabgabe so winzig, so verschwindend klein, daß man sie mit freiem Auge überhaupt nicht wahrzunehmen vermag. Alle die großen Banken, die Bankiers, einschließlich des Rothschild, diese tausende Börsebesucher, von denen viele auch heute noch recht gute, recht einträgliche Geschäfte machen, sie alle zahlen zusammen eine jährliche Börsebesuchsabgabe von 10.000 S! Ist es da ein Wunder, daß die Börsepresse in den begeistertsten Tönen das Verständnis der Bundesregierung für die Bedürfnisse der „Wirtschaft“ rühmt? Ist es angesichts dessen erstaunlich, daß die Banken gern bereit sind, die betrachten christlichsozialen Schwindelgründungen zu sanieren? Ist es dann noch überraschend, daß der christlichsoziale Wahlfonds von den Banken liebevoll gefüttert wird?

Welch eine Flut von Verbrechen begeht hingegen

dieses rote, vom Steuerfahdismus beherrschte Wien!

Da müssen die Banken und Bankiers die doppelte Fürsorgeabgabe entrichten! Das kann die Bourgeoisie auf die Dauer nicht ertragen. Das hat die Christlichsozialen bis zur Obstruktion im Gemeinderat gereizt. An der Spitze ihrer Forderungen steht das Verlangen nach völliger Abschaffung der

Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.

Wir haben in Wien gegenwärtig 95.000 Arbeitslose. In den Ländern draußen ist die Zahl 128.000. Noch weit höher als bei uns. Aber diese 95.000 sind etwas Juchbares. Es ist unfassbar, welche Summe von Not und Gratten, von Nimmermuts und Verzweiflung darin eingeschlossen ist. Darunter sind Arbeitslose, die schon seit zwei Jahren, manche sogar noch länger keine Arbeit mehr finden konnten. Die höchste Arbeitslosenunterstützung beträgt für den Arbeiterlosen mit mehr als drei Kindern 21 S 70 g in der Woche.

Und in einer solchen Stadt, und in einer solchen Zeit, tagt unter Vorsitz eines christlichsozialen Gemeinderates, angeleitet von den Begrüßungsworten eines christlichsozialen Stadtrates, eine Versammlung und hat den Mut, an die Spitze ihrer Wünsche die Forderung zu stellen: Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für die Nachtlokale, für die Bars, für die Heurigen, für die Konzertkaffeehäuser, für die Konzertrestaurants, für den Sacher, für das Hotel Imperial, für Bristol und Grand Hotel muß aufgehoben werden!

(Ruf!) Hier gibt es kein Verdunkeln des Tatbestandes. Von 8628 Gasthäusern, die in Wien im Betrieb sind, hat der Magistrat bloß 775 eingereiht, es sind also 2848 Gasthäuser vollkommen abgabefrei. Bei den Kaffeesiedern sind 948 eingereiht und 806 steuerfrei; bei den Budenbäckern 218 eingereiht und 558 gänzlich abgabefrei. Aber auch von den tatsächlich eingereihten 775 Gasthäusern zahlen 338 Lokale nur ein bis höchstens sechs Prozent.

Bloß elf Lokale in ganz Wien haben den höchsten Steuerfuß von fünfzehn Prozent zu entrichten.

Wenn sich dieses Volk von Wien noch ein Stück ehrlichen Bornes bewahrt hat, dann muß ein einziger gellender Schrei der Entrüstung durch diese Stadt gehen, angesichts der Schamlosigkeit, angesichts der Frivolität, daß diese Christlichsozialen tatsächlich keine andre Sorge kennen, als die Steuerfreiheit für Nachtlokale, für Bars und für Lugusbetriebe zu fordern.

Das Organ der Banken und der Industrie, die „Neue Freie Presse“ (Wiener), hat ihren Leitartikel über den Gemeindevoranschlag für 1927

„Fürsorgeinflation“

betitelt. Es ist ein infames, es ist ein aufreizendes Wort. Es darf nie vergessen werden. Dieses eine einzige Wort gibt einen tieferen Einblick in die Denkweise der Bourgeoisie, als die dicksteibenigsten Hände es vermöchten. Das gewaltige Fürsorgewerk der Gemeinde ist die Bürgerschaft, daß die neuen Generationen einer froheren Zukunft entgegengehen. Die Besitzenden aber sehen darin nichts anderes als grenzenlose Verschwendung und suchen als härteste Verurteilung jenes Wort, das den größten Schrecken ausgelöst hat: „Inflation“.

Diese Bezeichnung ist als Schimpf gedacht, aber wir können sie als Ehrennamen aufnehmen.

(Stürmischer Beifall.) Es ist wahr, daß diese Stadtverwaltung seit 1919 das Fürsorgewesen völlig neu gestaltet und in einer früher in Wien nie gekannten Weise ausgebaut hat. Fürsorgeinflation ist es offenbar, daß die Gemeinde die unterernährten Kinder in den Volks- und Bürgerschulen, in den Kindergärten auspeist. Die Christlichsozialen sind diesem Problem auf ganz andre Weise beigegeben. Im Jahre 1908 schilderten die Lehrer von Ottakring in einem Aufruf das herzzerreißende Elend von 18.000 frierenden und hungernden Schulkindern bloß in diesem einen Wiener Gemeindebezirk. Damals wurden die beiden Ottakringer Lehrer Seiz und Martinek, die an der Spitze dieser Aktion standen, in Disziplinaruntersuchung gezogen. Martinek ist heute Vorsteherstellvertreter der Josefstadt, Seiz ist unser Bürgermeister. (Brausen der Beifall und Rufe „Hoch Seiz!“) Die Steuer der Nachtslokale und Bars ist so groß, daß wir damit die Kosten der Schülerauspeisung bestreiten können. Die Christlichsozialen verlangen die vollständige Steuerfreiheit für Nachtslokale und Bars. Sie wollen, daß die Prasser und Schlemmer den Champagner verbilligt bekommen. Wir aber glauben, daß es unendlich wichtiger und moralischer ist, die Schieber ordentlich zahlen zu lassen und mit diesen Steuern unterernährte Schulkinder auszuspeisen. Fürsorgeinflation ist es, daß die Gemeinde

Drei Kinderspitäler übernommen

hat, die von der privaten Wohlthätigkeit gänzlich im Stich gelassen worden sind. Die Christlichsozialen haben sich auch mit dieser Frage in ihrer Art auseinandergesetzt. Unter Lueger hat die Gemeinde einen Prozeß vor dem Verwaltungsgerichtshof geführt und den Nachweis erbracht, daß sie keine gesetzliche Verpflichtung habe, Kinderspitäler zu errichten und zu führen. Sie hat diesen Prozeß gewonnen. Uns war die Rechtsfrage gleichgültig. (Beifall.) Das Volk braucht Kinderspitäler! (Neuer Beifall.) Die Steuer von den Fußballspielen bringt 850.000 S und damit decken wir die Betriebskosten der Kinderspitäler.

396.000 S geben wir für die Schulzahnkliniken aus. 200.000 S von diesen Betriebskosten liefern uns die vier größten Wiener Konditoreien, Demel, Gerstner, Siska und Lehmann. Nimmt man dazu noch die Steuer des Schottentellers, des Klosterneuburgertellers und von drei Stehweinhallen, so ist für die Bedeckung vorgesorgt. Die Christlichsozialen aber wünschen die völlige Steuerfreiheit für alle diese Betriebe. Sie sind wahrscheinlich ebenso gern bereit, auf die Schulzahnkliniken zu verzichten. Die Schulärzte kosten 104.000 S. Schon Lueger hat sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und sie mit der Bemerkung erledigt, die Schulärzte könnten „die Madln zu genau untersuchen“. Mit dieser frivolen Verdächtigung der Wiener Ärzteschaft war die Sache abgetan. Die 104.000 S und noch etwas darüber zahlt uns als Nahrungs- oder Genussmittelabgabe der Sacher. Wenn es nach dem Willen der christlichsozialen Gewerbetreibenden gehen würde, hätte er künftig keinen Groschen Steuer zu entrichten.

Steuerfreiheit für den Sacher! Abschaffung der Schulärztele

Den Begriff Kinderfreibäder hat man in Wien bis zu unserer Verwaltung überhaupt nicht gekannt. Wir verwenden dafür im Jahre 1927 den Betrag von 460.000 S. Diese 460.000 S holen wir uns aus der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe des Grand Hotel, des Hotel Bristol und des Hotel Imperial hollauf. Ja, es bleiben noch 180.000 S übrig. Sie finden eine ausgezeichnete Verwendung für die Fürsorgeinflation, die in der Errichtung von Lehrlingsheimen gelegen ist! (Heiterkeit und Bravo!)

Vor wenigen Wochen ist das erste städtische Entbindungsheim eröffnet worden. Die Baukosten waren 260.000 S. Wir haben mit der in einem Jahre von den Stundenhotels gezahlten Steuer dieses Entbindungsheim erbauen können. Mögen sich die Christlichsozialen mit ihren Anträgen nur die Gunst und die Stimmen der Besitzer der Wiener Stundenhotels erwerben. Jede Frau aus dem Volke aber, die in dem aus der Steuer der Stundenhotels geschaffenen Entbindungsheim gewesen ist, wird diese Einrichtung nie vergessen. Aber auch um die Betriebskosten dieses Entbindungsheims braucht uns nicht bange zu sein.

Genau so viel zahlt nämlich der Jockeyklub für die
Pferderennen Steuer,

als wir für dieses Entbindungsheim benötigen. (Rehhafter
Beifall.)

Herzbeugend jammern die Christlichsozialen über die Besteuerung der Tanzfeste. Eigentlich sollten sie über diese Abgabe entzückt sein. Es werden ja fast nur die von den Bischöfen verurteilten modernen Tänze gelangt. Wir haben allerdings die Lustbarkeitsabgabe nicht als Gegner des Schimmels ein, wir bevormunden die Jugend nicht in diesen Dingen. Wir verlangen die Steuer,

weil wir sie für die Kindergärten brauchen,

die von 52 im Jahre 1919 auf 103 gestiegen sind; für die Mutterberatungsstellen, von denen es im Frieden eine einzige gegeben hat, während wir jetzt 24 betreiben; für die 85 Kinderhorte, die es unter den Christlichsozialen überhaupt nicht gegeben hat. Darum besteuern wir die Tanzfeste, die aber trotzdem immer mehr zunehmen.

Die Tuberkulose hat sich in Wien immer die stärksten Opfer geholt, sie führt ja geradezu die Bezeichnung „Wiener Krankheit“. Trotzdem haben die Christlichsozialen im Frieden nicht mehr als 40.000 Kronen für die Bekämpfung der Tuberkulose ausgegeben. Wir aber haben die Tuberkuloseheilstätte Baumgartnerhöhe, die Erholungsstätten für Leichttuberkulotiker Kreuzwiese und Himmelsbrücke errichtet und es stehen gegenwärtig der Gemeinde 2800 Betten für Tuberkulotiker zur Verfügung. Das kostet jährlich 82 Millionen Schilling. Die Christlichsozialen haben verlangt, daß wir die Anzeigenabgabe auf die Hälfte herabsetzen sollen.

Das wäre hauptsächlich ein Kieszengeschenk für die „Neue Freie Presse“, für das „Neue Wiener Tagblatt“, für das „Neue Wiener Journal“, welche drei Blätter allein die Hälfte der ganzen Wiener Anzeigenabgabe bezahlen müssen. Die Christlichsozialen möchten sich bei diesen drei Blättern, die so unentwegt die Gemeindevverwaltung beschimpfen, erkenntlich zeigen. Wir aber glauben, daß es viel besser ist, diese Zeitungen so wie bisher zu besteuern und mit diesem Gelde Heilstätten für Tuberkulotiker zu betreiben.

Wir haben eine neue, moderne Kinderübernahmestelle errichtet, die in der Welt als eine Sehenswürdigkeit gilt und von Sachleuten aus allen Ländern aufgesucht und bewundert wird. Auch die Christlichsozialen haben eine Kinderübernahmestelle gehabt. Sie war gleichfalls eine Sehenswürdigkeit in ihrer Art. Ein altes, ehemaliges Kloster in der Siebenbrunnengasse, feucht, finster, ohne Luft, ohne Sonne, so das richtige Quartier für eine Engelmacherin. Unsere Kinderübernahmestelle hat 84 Millionen Schilling Baukosten erfordert. Das entspricht dem Steuerertrag eines halben Jahres der Wiener Kinokasse, und man wird wohl finden, daß das eine gute Verwendung für diese Steuer ist. Die Betriebskosten sind jährlich 380.000 Schilling. So viel liefern uns die Heurigen an Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und deshalb können wir den Wunsch der Christlichsozialen, die Heurigen steuerfrei zu lassen, ganz und gar nicht erfüllen.

Die Christlichsozialen erzählen den arbeitslosen Hausgehilfinnen, daß die Hauspersonalabgabe schuld sei, wenn sie keinen Posten finden. Das ist eine Lüge. Für die erste Hausgehilfin ist überhaupt keine Abgabe zu entrichten. Für die zweite Hausgehilfin beträgt die Steuer 50 Schilling jährlich oder vier Schilling im Monat. Wenn man überlegt, was das Halten von zwei Hausgehilfinnen an Lohn und Kost ausmacht, dann wird niemand behaupten können, daß diese vier Schilling Gemeindeabgabe irgendeine Rolle spielen. Wichtig ist, daß durch den Zusammenbruch der Spekulation viele Leute ihr Geld verloren haben und ihren Haushalt verkleinern mußten. Wichtig ist, daß sehr, sehr viele Menschen, die ihre Ersparnisse, ihr ganzes Vermögen den Christlichsozialen Schwindelfanken als Einlage anvertraut haben, die Aktien dieser christlichsozialen Banken gekauft

halten, zu Bettlern geworden sind Sie können sich keine Hausgehilfin mehr halten. Ja es müssen sogar Frauen aus solchen Familien selbst um eine Stelle sich umsehen. Das aber ist einzig und allein die Schuld der christlichsozialen Partei, die als Ankrede für ihre Sünden die Hauspersonalabgabe benützen möchte. Die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung kennt ganz genau die Sorgen der Hausgehilfinnen. Wir sind bemüht, gerade den Hausgehilfinnen zu helfen. So ist eben jetzt ein Heim für stellenlose Hausgehilfinnen in Errichtung. Hundert Frauen werden dort eine wirklich anständige Unterkunft finden. In nächster Zeit wollen wir aber noch weitere Fürsorgeeinrichtungen für die Hausgehilfinnen schaffen und diesem Kreis schwer arbeitender Menschen den Beweis liefern, daß auch für sie nur die sozialdemokratische Stadtverwaltung Verständnis hat und sie in den Kreis der Befürsorgten einbezieht.

Früher war es eine ständige Rubrik in den Zeitungen, daß Kinder, die auf der Straße spielten, überfahren und schwer verletzt oder gar getötet wurden. Davon hört man jetzt viel weniger. Der Grund liegt darin, daß unsere Verwaltung 28 Spielplätze errichtet hat, von denen 12 im Winter als Eislaufläufe betrieben werden. Die Kosten von 202.000 Schilling holen wir uns auf sehr einfache Weise. Wenn die Bourgeoisie zu den Trabrennen fährt, dort spielt, dann muß sie uns eben soviel Steuer entrichten, als für die Spiel- und Eislaufläufe der Jugend notwendig ist.

Die Wärmestuben hat früher ein Privatverein betrieben, der immer betteln gehen mußte und nie genug Geld zusammenbekam. Wir glauben, daß das eine Pflicht der Gemeinde ist und daß es kein Unrecht bedeutet, wenn die Wähe des Graben-Café, die dort warm und behaglich sitzen, durch eine kleine Verteuerung die Kosten für die Führung der Wärmestuben aufbringen.

In gleicher Weise holen wir uns das Geld für die Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke, für die Beratungs- und Behandlungsstelle für Geschlechtskranke, für die Trübsüßerfürsorgestelle. So holen wir uns jene 873.000 Schilling, die wir benötigen, um Lehrlinge und Schulkinder im Sommer aufs Land zu schicken.

Ja, ich sage Ihnen noch mehr. Die Fürsorgeinflation schreitet unausgesetzt weiter. Ich

berrate ein Amtsgeheimnis. Mit Zustimmung des Bürgermeisters ist eben jetzt ein Antrag in Ausarbeitung, der eine Anregung des Stadtrates Professor Dr. Tandler betrifft.

Künftighin wird nämlich jede Wiener Frau für ihr neugeborenes Kind die notwendige Wäsche von der Gemeinde unentgeltlich bereitgestellt erhalten.

(Stürmischer Beifall und Rufe „Hoch Weitner!“) Die Frauen, die darauf Anspruch erheben, werden sich bloß innerhalb der ersten sieben Monate der Schwangerschaft bei dem Jugendamt des Bezirkes zu melden haben. Damit soll die schmachvolle Erinnerung an die Kriegszeiten ausgeilgt werden, in denen die Mütter ihre Säuglinge in Zeitungspapier wickeln mußten. Diese neue Fürsorgeinflation wird eine schöne Anzahl Milliarden kosten. Seien Sie indes überzeugt und ganz beruhigt, wir werden es schon verstehen, das hiefür erforderliche Geld aufzubringen! So, wie wir es verstanden haben, das Geld herbeizuschaffen für den

Ankauf des Habsburger Schlosses Wilhelminenberg.

Dieses Schloß wird künftig die viel edlere Bestimmung haben, ein städtisches Kinderheim zu sein. Es soll noch in diesem Frühling der Benutzung übergeben werden. Da haben Sie in voller Schärfe den Gegensatz des alten und des neuen Wien. Das Bürgertum ist in Demut und Ehrfurcht erstorben vor diesen Habsburgern, die so grauenvolles Elend über uns gebracht haben. Die Sozialdemokraten aber erwerben das Habsburger Schloß und machen daraus ein Heim für Kinder des Proletariats! (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Den ganzen Haß gegen die sozialdemokratische Stadtverwaltung, aber auch die ganze Erbitterung über die Besteuerung der Besitzenden konnte man in den letzten Tagen an dem

Fall Lanckoronski

ersehen. Die bürgerlichen Blätter haben dieser Angelegenheit ganze Spalten gewidmet und eine Flut von Beschimpfungen darin ergossen. In Wien lebt ein reicher polnischer Großgrundbesitzer, ein Graf Lanckoronski. Er hat

sich in der Jacquingasse ein prächtiges, schloßartiges Palais erbaut, das von einem riesigen Park umgeben ist. Es enthält 8 Säle, 26 Zimmer, 4 Kabinette samt Nebenräumen. Die Halle allein hat das Flächenmaß von vier Arbeiterwohnungen. Selbstverständlich fehlt es nicht an einer eigenen Schloßkapelle. Sechs Badezimmer sind vorhanden. Der Magistrat hat pflichtgemäß den Mietwert durch Vergleich mit 60.018 Goldkronen ermittelt. Graf Lanckoronski hat die Einwendung erhoben, daß ein Teil des Palais als Museum zu betrachten sei. Der Verwaltungsgerichtshof, die oberste Stelle in solchen Streitfragen, hat den Fall eingehend geprüft und Graf Lanckoronski wurde mit der Klage abgewiesen. Er hat aber Verteidiger gefunden, die sich über das Vorgehen der Gemeinde entrüsten. Die „Neue Freie Presse“ spricht von einem „Steuerfeldzug gegen die Kunst“. Die „Reichspost“ aber geht noch viel weiter. Wie lautet wohl der Titel jenes Artikels, der sich mit dem Fall Lanckoronski beschäftigt? „Die Wiener Steuerhändler“ Eine Steuerhändler also ist es in den Augen der Christlichsozialen, daß ein Mann, der ein prunkvolles, mit Kunstschätzen angefülltes Schloß bewohnt, jährlich 28.776 S Wohnbausteuer bezahlen muß. Eine Wiener Steuerhändler soll es sein, daß für einen so ungeheuren Luxus wenigstens so viel an die Gemeinde zu entrichten ist, daß

mit diesem Gelde jedes Jahr doch zwei neue Wohnungen,

bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche, gebaut werden können. Zwei Proletarierfamilien können eine gesunde Unterkunft finden! Tausende warten noch auf eine Wohnung. Tausende schmachten in ungesunden, feuchten, tuberkulose zeugenden Abkammern, die unter Duldung der Christlichsozialen Verwaltung von den Vauspekulanten der Vorkriegszeit geschaffen wurden. Als eine unauslöschliche Schande würde ich es empfinden, das Steuerreferat zu führen, ohne daß Leute, die sich einen derartigen maßlosen Luxus gönnen, zumindest einigermassen zur Vinderung der Wohnungsnot der Beschloßen beitragen müssen. (Beifall.)

Damit komme ich zu jener Grenzlinie, die stärker noch als alle andern Gegensätze uns von den Bürgerlichen scheidet.

Zu der großen, für das arbeitende Volk von Wien unmittelbar an das Leben greifenden Frage der unerbänderten

Aufrechterhaltung des Mieterschutzes.

Heute stehen in Wien den 600.000 Mietern keine 25.000 inländischen Hausbesitzer gegenüber. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß hunderttausende Mieter in schreckliches Elend und Verzweiflung gestoßen werden sollen, nur damit eine gewaltige Rente ins Ausland fließt. Man gebe sich über die Folgen einer Loderung des Mieterschutzes keiner Täuschung hin. Vor dem Kriege sind in Wien

wöchentlich fünfzig Parteien delogiert worden.

Angeichts der Verelendung der Massen, angeichts der Arbeitslosigkeit ist es keine Uebertreibung, wenn man da eine Verzwanzigfachung befürchtet.

Ohne Mieterschutz würden es gewiß nicht weniger als tausend Familien in jeder Woche sein, denen man den Hausrat einfach auf die Gasse stellt, weil sie ihren Tribut an den Hausherrn nicht zu entrichten vermöchten.

Außer den Arbeitern und Angestellten müßten vor allem die Gewerbetreibenden, die Kaufleute sich dessen bewußt werden, daß jede Schwächung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde, aber auch jede Erhöhung der Mietzinsen ihnen die Kundenschaft wegnimmt. Diese Kreise spüren es heute schon in stärkstem Maße, daß die Arbeitslosigkeit ihnen zehntausende Kunden geraubt hat. Ihre Lage wird noch unendlich schlechter werden, wenn die Gesamtheit aller werttätigen Menschen

bloß für den Hausbesitzer zu arbeiten hat.

Dazu noch für ausländische Hausbesitzer, für den Hausbesitz der Altiengeellschaften, der Klöster, von denen gewiß keine Vebung des Wiener Geschäftes als Folge ihrer erhöhten Einnahmen zu erwarten ist. Am allerschlechtesten aber werden ganz gewiß die Intellektuellen, die Angehörigen der freien Berufe, abschneiden. Das gilt auch für jene Familien, die eigentlich nur noch durch ihr Gefühlleben,

durch die Erinnerung an frühere Zeiten mit der Bourgeoisie verbunden sind, ihr aber nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen längst nicht mehr angehören. Sie werden das einzige verlieren, was ihnen noch geblieben ist und oft auch für sie durch Untermiete die einzige Einkommensquelle bildet: die gute, billige Wohnung. Wenn der christlichsoziale Anschlag gelingt, werden gerade sie die ersten sein, die ganz erbarmungslos hinausfliegen. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen aber haben unter dem Vorsitz eines christlich sozialen Gemeinderates und feierlichst begrüßt von einem christlich sozialen Stadtrat Wiener Gewerbetreibende den Beschluß gefaßt,

die Gemeinde zur Einstellung ihrer Wohnbautätigkeit aus Steuergeldern aufzufordern.

(Lebhafte Rufe: Niemals!) Es wird uns gnädig gestattet, die schon beschlossenen und begonnenen Wohnbauten zu Ende zu führen. (Heiterkeit.) Binnen dreißig Tagen hat sich die Mehrheit im Rathhaus zu diesem Ansuchen zu äußern. Wir benötigen keine so lange Frist zur Entscheidung. In einer Sekunde war die Antwort fertig. Diese Antwort hat nicht nur die Gemeinderatsmehrheit bereits gegeben, sondern mit ihr die erdrückende Masse der Wiener Bevölkerung.

Ein Schrei der Wut und der Empörung geht durch Wien.

Der Aufmarsch zur heutigen Versammlung, so groß und gewaltig er auch ist, bildet nur einen ganz bescheidenen Ausbruch jener Erbitterung, von der die Wiener Miterschaft erfüllt ist.

Wer schon heute ist eine gewaltige, durch nichts mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache gescheit worden.

Die Gemeinde Wien verwaltet gegenwärtig bereits 35.000 Wohnungen. Bis zum Jahresende werden wohl noch 10.000 hinzukommen. Es wird keinem noch so reichen Menschen jemals mehr möglich sein, eine auch nur annähernd so große Zahl von Wohnungen in seiner Hand zu vereinigen.

Gerade weil diese Häuser aus Steuern gebaut sind, ist kein Baukapital zu verzinsen. Infolgedessen können die Mieten

entweder erheblich gehalten werden. Deshalb das Verlangen, daß diese Wohnbauten der Gemeinde eingestellt werden sollen, diese schärfste Konkurrenz für die schlechten Wohnungen der privaten Hauseigentümer. Die Hauseigentümer erkennen, daß ihr Spiel sehr bald für immer verloren sein wird! (Stürmischer Beifall.) 118 Millionen Schilling stehen im Jahre 1921 für Wohnhausbauten. Mehr als je zuvor.

Der Wohnhausbau ist nach unserer Meinung für alle Zukunft Aufgabe der Gemeinde.

Eine Leistung die sich Jahr für Jahr wiederholt und die daher selbstverständlich nur aus Steuern bestritten werden kann, kann genau so wie die Führung der Schulen oder der Humanitätsanstalten.

Das Bürgertum rüftet sich zu einem gewaltigen Kampfe.

Banken und Industrie stellen reichliche Mittel zur Verfügung. Rentungen werden aufgelöst und subventioniert. Ein Diebstahl soll von dem Ständeregister der Regierung, um dem wahren Verfall der bürgerlichen Verwaltungsfähigkeit abzulenken. Wir haben 1919 dieses Bürgertum feige und zitternd gesehen. Die Christlichsozialen, die jetzt den Mund so voll nehmen haben sich vor dem Horne des Volkes förmlich verkrochen. Sie waren geradezu glückselig, daß sie nicht mehr verwalten mußten. Sie haben darauf gerechnet, daß die Sozialdemokraten die unendlichen Schmierigkeiten der Nachkriegszeit nicht würden stemmen können. Sie haben geglaubt, daß die bis dahin von jeder Teilnahme an der Verwaltung ausgeschlossenen Sozialdemokraten sehr bald zusammenbrechen würden. Sie haben gehofft daß man dann sie als die Retter in der Not, als die erfahrenen Verwalter, im Triumph heimholen werde.

Sie haben eine bittere Enttäuschung erlebt.

(Lebhafter Beifall.) Es kamen die Wahlen vom Oktober 1923 mit einem noch größeren Sieg der Sozialdemokraten. Gewaltige Arbeitsprogramme waren aufgestellt worden. Der Bau von 25.000 Wohnungen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, die Einführung des Kolonialsystems an Stelle des alten Miß-

bauers, die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, Ausgestaltung des Fürsorgewesens. Die Christlichsozialen haben ja alle unsere großen Projekte immer nur als einen bloßen Wahlschwindel bezeichnet. Auch damit haben sie eine schmerzliche Enttäuschung erlitten.

Aus den 25.000 Wohnungen, die bis Ende 1928 fertig sein sollten, werden 30.000 Wohnungen.

(Großer Beifall.) Die Stadtbahn ist längst elektrifiziert und ohne Sonderzins dem Netze der Straßenbahn eingefügt. Demnächst wird die zehntausendste elektrische Straßenlampe angezündet werden. Im Sommer kann als eine Volksbelustigung die feierliche Verbrennung des letzten Mistbauerwagens erfolgen. Daneben sind Wälder, Gärten, ein großer Brückenbau, Fürsorgeeinrichtungen aller Art entstanden und noch unausgeschliffen. Von einem Wahlschwindel zu sprechen, geht also nicht mehr.

Jeder weiß heute, daß wir unsere Versprechungen nicht nur halten, sondern weit übertreffen. Jeder kann sich mit eigenen Augen davon überzeugen, wie diese Wahrzeichen des neuen Wien aus dem Boden wachsen.

(Wrausender Beifall.) Darum dieser gewaltige und gemeinsame Ansturm gegen das rote Rathaus.

Die Christlichsozialen verausachen sich an der Zustimmung der kapitalistischen Presse, die im Solde der Banken steht. Sie blähen sich auf, weil die Hausbesitzer, die Inhaber der Nachtlokale, der Bars, der Heurigschenken, der Luxuslokale, der Stundenhotels ihnen zuhöhen.

Sie glauben eine großartige Leistung vollbracht zu haben, weil sie die Budgetdebatte im Gemeinderat bis Ende Jänner verschleppen konnten. Wir haben ihnen dieses kindische Vergnügen ein paar Wochen gönnt und, als die Sache zu langweilig wurde,

haben wir Schluß gemacht.

Es ist eine trügerische Hoffnung, wenn die Bourgeoisie vermeint, die Macht in Wien zurückerobern zu können. Die Mitgliederzahlen der Wiener sozialdemo-

kratischen Parteiorganisationen sprechen eine deutliche Sprache. Am 30. Juni 1918 war die Zahl der Organisierten 48.000.

Nach dem großen Sturm der Revolution, als das ganze Wiener Bürgertum von der Wildflut verschlungen zu sein schien, hatten wir 105.000 Mitglieder. Im Juli 1923, also vor den letzten Wahlen, war der Stand 199.000. Jetzt aber sind wir bei 326.000 angelangt, unter ihnen mehr als 100.000 Frauen. Das ist eine so gewaltige Entwicklung, wie sie keine andere Partei auch nur annähernd aufzuweisen hat; die aber auch innerhalb der Sozialdemokratie der Welt beispiellos dasteht.

Trotzdem dürfen aber auch wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir den schwersten, den schärfsten Wahlkämpfen entgegengehen, die je in Wien geführt worden sind. Den Gegnern stehen Geldmittel in unbegrenztem Maße zur Verfügung. Für sie arbeitet der ganze machtvolle Apparat der katholischen Kirche. Das Bürgertum vergißt alle Unterschiede und vereinigt sich unter der Führung der Christlichsozialen zu einer einzigen reaktionären Masse. Darauf gibt es nur eine Antwort. Das ist ein noch weit stärkerer, ein noch viel engerer Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen in dieser Stadt. Der Ansturm gegen die Gemeinde muß mit einem

Werbekur für die sozialdemokratische Partei

beantwortet werden. Niemand darf beiseitestecken! Keiner hat das Recht auf Teilnahmslosigkeit, wenn es um seine, um seiner Kinder Zukunft geht!

Alle müssen sich zusammenfinden, die ihren Kindern eine gute Schule bewahren wollen, alle, denen die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des großen Fürsorgewerkes der Gemeinde am Herzen liegt, vor allem andern aber und ausnahmslos alle, die ihr schützendes Obdach nicht verlieren wollen!

Um große geistige und materielle Ziele wird gerungen werden. Die Sozialdemokratie hat ihre Fähigkeit zur Verwaltung bewiesen. Es ist eine reine

Verwaltung, frei von jedem Schmutz, frei von jener Verschleuderung der öffentlichen Gelder, die das unauflöschliche Schandzeichen der christlichsozialen Verwaltung im Bunde bilden.

Wir haben unter der Führung Blöckels eine Schulreform ins Werk gesetzt, die von den Sachleuten der ganzen Welt anerkannt wird. Das Bildungsprivileg der Besitzenden soll durchbrochen, das Wissen auch den Kindern des Volkes zugänglich gemacht werden. Die unentgeltlichen Lernmittel an Stelle der „Armenlernmittel“, die Stipendien für Mittel- und Hochschüler ergänzen dieses große segensreiche Stück Aufbau einer glücklicheren Zukunft. Auch gegen die Schulreform wenden sich die Christlichsozialen mit neidvollem Haß. Sie wollen keine denkenden Arbeiter, sie wollen gefügige Arbeitsmaschinen, die sich stumm und gottergeben ausbeuten lassen.

Wir heben Steuern ein, aber wir verwalten sie mit gewissenhafter Treue und verwenden sie ausschließlich zum Wohle des arbeitenden Volkes.

(Brausender Beifall.) Wir haben uns nicht zu verteidigen, wir müssen vielmehr angreifen. Stürmisch und voller Zuversicht! Ob die Wahlen im Frühjahr oder im Herbst sein werden, ist noch ungewiß. Jeder Zeitpunkt aber muß uns gerüstet finden. Das Ziel ist groß und heilig.

Es gilt die Aufrechterhaltung der Volksherrschaft in dieser einzigen Großstadt der Welt, die von Sozialdemokraten verwaltet wird.

Zu einem neuen, zu einem noch glanzvolleren Siege als 1919 und 1923 müssen wir die Fahne des Sozialismus tragen!

Wien ist rot und muß es immer bleiben!